

MITTEILUNG AN DIE PRESSE 09.12.2008

## Fernwärme-Ausbauvertrag Wettbewerbsverzerrung zugunsten von BS Energy

Mit der Zustimmung der Ratsmehrheit in Braunschweig zum Fernwärmeausbauvertrag hat die Stadt den verstärkten Ausbau der Fernwärme innerhalb der Grenzen des ehemaligen Fernwärmezwanggebietes beschlossen.

Nachdem die Verwaltung und die beiden großen Ratsfraktionen 15 Monate lang nichts zur sachlichen Klärung in den Punkten Luftreinhaltung, Klimaschutz und Kosten beigetragen haben, wurde nun das Fernwärmeausbauvorhaben im Schnellverfahren durchgeboxt. Damit hat es die Stadt bei unüberprüfbaren Behauptungen belassen und den Weg für eine indirekte Monopolisierung der Wärmeversorgung geebnet.

Fest steht: Hauseigentümer bekommen Fördermittel, wenn sie ihre Gebäudebeheizung auf Fernwärme umstellen und sich zudem schnell entscheiden. Hauseigentümer, die jedoch eine größere Kostenunabhängigkeit von BS Energy anstreben und die attraktiveren Bundesfördermittel für eine dezentrale Kraftwärmekoppelung beanspruchen wollen, haben in fernwärmeversorgten Gebieten das Nachsehen.

Zudem ist offen, zu welchen Bedingungen BS Energy über Leitungsrechte im öffentlichen Straßenraum verfügt und welche Konditionen Betreiber erwarten, die zur Konkurrenz für BS Energy werden könnten. Die Stadt wird es neuen Investoren, die in Braunschweig Fuß fassen und gegen die bisherige Vorherrschaft von BS Energy antreten wollen, sicherlich nicht leicht machen. Denn erklärtes Ziel des Verkaufs des Namens „Stadtwerke“ war und ist, BS Energy Marktvorteile zu verschaffen.

Neben unbezahlbaren Leitungsrechten für mögliche Alternativen besteht die Gefahr, dass mit dem Ausbau der Fernwärme mittelfristig das Gasnetz still gelegt wird. Damit wäre jeder Form der gasbetriebenen Wärmeversorgung der Boden entzogen. Derartige Bedenken räumt die Stadt mit der höchst unverbindlichen Formulierung aus: Nach gegenwärtigem Stand soll die Gasversorgung beibehalten werden.

Derartige Aussagen haben erfahrungsgemäß wenig Wert. An die Ende April im Rahmen einer Pressemitteilung gemachten Zusage, vor einer Ratsentscheidung zur Fernwärme eine ausführliche und informative Debatte mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern zu führen, hat sich die Stadt nicht gehalten.